

FlüchtlingsRAT NRWe.V.

Newsletter **Juli 2016**

Liebe Leserinnen und Leser!

Mehr als 40.000 Menschen haben sich am 18. und 19. Juni überall in Deutschland an Menschenketten, Demonstrationen und Kundgebungen beteiligt und damit ein starkes Zeichen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gesetzt. Erst wenige Tage zuvor hatten Forscherinnen der Universität Leipzig die Ergebnisse einer neuen Studie veröffentlicht, nach der immer mehr Deutsche Flüchtlingen, Roma und Muslimen feindselig begegnen. Deutschland ist in der Flüchtlingsfrage tief gespalten. Den immer aggressiver auftretenden Fremdenfeinden stehen Zehntausende gegenüber, die sich unermüdlich für schutzsuchende Menschen einsetzen und sich rassistischen Aufmärschen in den Weg stellen. Und ein Ende der politischen Auseinandersetzungen über Flüchtlinge und Einwanderung ist nicht in Sicht. Wie die Vereinten Nationen pünktlich zum Tag des Flüchtlings mitteilten, ist die Zahl der Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten, 2015 noch einmal kräftig angestiegen – auf nunmehr 65 Millionen weltweit. Auch wenn die Zahl der Flüchtlinge, die nach NRW kommen, momentan wieder sinkt – das Thema und die damit verbundenen Konflikte werden uns so lange weiter beschäftigen, wie Krieg, Verfolgung und Elend in weiten Teilen der Welt Menschen massenhaft zur Flucht zwingen. Uns Flüchtlingshelferinnen erwartet also auch in Zukunft eine Menge Arbeit.

Wie immer freuen wir uns über Lob, Kritik und sonstige Anmerkungen zu unserem Newsletter. Wenn Ihr den Newsletter nicht mehr erhalten möchtet, schreibt einfach eine E-Mail an die Adresse [initiativen\(at\)frrnw.de](mailto:initiativen(at)frrnw.de).

40.000 Menschen demonstrieren gegen Rassismus

Über 40.000 Menschen haben am 18. und 19. Juni in mehreren deutschen Städten ein starkes Zeichen für Vielfalt und Menschenrechte gesetzt. 29 Organisationen und Verbände, unter ihnen so namhafte Akteure wie Amnesty International und der Deutsche Gewerkschaftsbund, hatten für das Wochenende in Berlin, Bochum, Hamburg, Leipzig und München zur Teilnahme an Menschenketten aufgerufen, mit denen kirchliche und soziale Einrichtungen, Flüchtlingsunterkünfte, Kulturstätten und Rathäuser verbunden werden sollten. Auch in anderen Städten fanden Demonstrationen und Kundgebungen gegen Rassismus statt. Von einem „tief bewegenden Wochenende“ spricht die Bürgerinitiative CampAct, die ebenfalls zu den Aktionstagen aufgerufen hatte: „Mehr als 40.000 Menschen bilden deutschlandweit Menschenketten und treten Hand in Hand gegen Rassismus und für Menschenrechte und Vielfalt ein. Vereint in der Überzeugung, dass wir auf dieser Welt in Zukunft

nur friedlich zusammenleben werden, wenn wir aufeinander zugehen, mit Respekt und Fürsorge. Dabei werden wir uns niemals von rechtem Hass spalten lassen - das haben wir an diesem Wochenende bewiesen.“

In Bochum beteiligten sich nach Angaben der Veranstalterinnen etwa 8.500 Demonstrantinnen an einer Menschenkette, die von Rathaus und Hauptbahnhof aus einmal quer durch die Innenstadt führte. Aufgerufen hatte ein lokales Bündnis, dem vor allem gewerkschaftliche Organisationen, aber auch kulturelle, kirchliche und städtische Einrichtungen angehörten. Auf der Hauptkundgebung sprachen neben Frank Bsirske, dem Bundesvorsitzenden der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, und Annette Kurschus, Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, auch Vertreterinnen von Flüchtlingsorganisationen.



Menschenkette vor dem Bochumer Rathaus am 18.06.2016 (Foto: Flüchtlingsrat NRW)

Birgit Naujoks, Geschäftsführerin des Flüchtlingsrats NRW, wies in ihrer Rede auf die massive Zunahme flüchtlingsfeindlicher Straftaten hin. Rassismus äußere sich aber nicht allein in Form gewalttätiger Übergriffe, sondern bisweilen auch in Gesetzen und behördlichem Handeln. So kritisierte sie in ihrer Ansprache auch die jüngsten Gesetzesverschärfungen und die zunehmende Einteilung in „gute“ und „schlechte“ Flüchtlinge. Durch derartige Unterscheidungen drohe das individuelle Grundrecht auf Asyl ausgehebelt zu werden.

Tagesschau: Zehntausende bilden Menschenketten (19.06.2016)

8500 demonstrieren in Bochum Hand in Hand gegen Rassismus (18.06.2016)

Land will Abschiebungen ausweiten

Die Landesregierung will die Zahl der Ausreisen abgelehnter Asylbewerberinnen im laufenden Jahr verdoppeln. Das hat das nordrhein-westfälische Ministerium für Inneres und Kommunales Mitte Juni in einer Pressemitteilung angekündigt. Allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres seien bereits 8.531 Personen abgeschoben worden oder freiwillig ausgewandert – ein deutlicher Anstieg im Vergleich zum Vorjahr. Innenminister Ralf Jäger sagte, es sollten vor allem straffällig gewordene Personen aus Algerien und Marokko in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden. Bereits 2015 war die Zahl der

Abschiebungen im Vergleich zum Vorjahr deutlich angestiegen, wenngleich das Innenministerium immer wieder betont hat, dass vor allem die Bereitschaft zur „freiwilligen“ Rückkehr erhöht und gefördert werden solle.

Außerdem kündigte das Ministerium an, dass die Asylverfahren in NRW weiter beschleunigt werden sollen: „Bis Ende September 2016 sollen in NRW alle Asylsuchenden einen Asylantrag gestellt haben und erkenntungsdienstlich erfasst worden sein. Nach Angaben der Kommunen warten bislang rund 109.000 Personen auf die Eröffnung ihres Asylverfahrens durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Durch den hohen Flüchtlingszustrom im vergangenen Jahr war eine lückenlose Registrierung und sofortige Antragstellung unmöglich. Das holen wir jetzt zügig nach. Davon profitieren Land, Kommunen und die Menschen gleichermaßen“.

Asylverfahren werden beschleunigt, Zahl der Abschiebungen soll verdoppelt werden (15.06.2016)

Neue Studie belegt flüchtlingsfeindliche Einstellungen

Alle zwei Jahre erscheint die „Mitte“-Studie der Universität Leipzig, in der autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland untersucht werden. Unter dem Titel „Die enthemmte Mitte“ haben die Leipziger Sozialwissenschaftlerinnen Mitte Juni die Ergebnisse ihrer diesjährigen Untersuchungen veröffentlicht. Insgesamt verzeichneten die Forscherinnen zwar keinen Anstieg rechtsextremer Einstellungen, allerdings habe die Ablehnung gegenüber Musliminnen, Sinti und Roma und auch Flüchtlingen in Deutschland spürbar zugenommen. 41 Prozent der Befragten forderten, dass Musliminnen die Zuwanderung nach Deutschland generell untersagt werden sollte. 58 Prozent der Deutschen hätten „Probleme damit“, wenn sich Sinti und Roma in ihrer Gegend aufhalten. Und 60 Prozent glauben, dass die meisten Asylsuchenden nicht wirklich befürchten, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden. Besonders verbreitet sind diese feindseligen Einstellungsmuster unter den Anhängerinnen der „Alternative für Deutschland“ (AfD). Die Sympathisantinnen der Rechtspopulistinnen könnten daher nicht „als von der Partei verführte Menschen gelten“, meinen die Leipziger Forscherinnen: „Die meisten AfD-Wähler teilen eine menschenfeindliche Einstellung“. Doch auch in der Gruppe der Nicht-Wählerinnen seien diese Vorurteile sehr verbreitet. „Das Potenzial für rechtsextreme oder rechtspopulistische Parteien ist noch größer als es die Wahlergebnisse bislang zeigen“. Zudem seien Menschen mit rechtsextremen Einstellungen immer häufiger bereit, zur Durchsetzung ihrer Interessen auch Gewalt anzuwenden.

Universität Leipzig: Gesellschaft ist zunehmend polarisiert, Bereitschaft zu Gewalt steigt (15.06.2016)

Zusammenfassung der zentralen Untersuchungsergebnisse (PDF, 5,4 MB)

Universität Leipzig: Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland (PDF, 1,6 MB)

Vereinte Nationen melden neuen Höchststand bei Flüchtlingszahlen

Die Zahl der Flüchtlinge und Vertriebenen ist im vergangenen Jahr weiter gestiegen. Das geht aus dem aktuellen Jahresbericht des UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) hervor, den die Organisation am 20. Juni veröffentlicht hat. Demnach stieg die Zahl der Menschen, die gezwungen waren, ihre Heimat zu verlassen, auf 65,3 Millionen. Davon waren 24,5 Millionen Auslandsflüchtlinge und Asylsuchende und 40,8 Millionen Binnenvertriebene, also Menschen, die innerhalb ihres Heimatlands auf der Flucht sind. 2014 waren es noch 59,5 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene gewesen. Grund für den starken Anstieg seien einerseits die immer weiter eskalierenden militärischen Auseinandersetzungen, etwa in Syrien, Südsudan, Jemen, Burundi, der Ukraine und der Zentralafrikanischen Republik. Andererseits komme es immer seltener vor, dass Flüchtlinge in ihre Herkunftsländer zurückkehren können, da die Konflikte, vor denen die Menschen fliehen mussten, teilweise seit Jahrzehnten andauern.

Die meisten Menschen, die ihr Heimatland verlassen mussten, kamen aus Syrien (4,9 Millionen), Afghanistan (2,7 Millionen) und Somalia (1,1 Millionen). Aufgenommen wurden die meisten Flüchtlinge in der Türkei (2,5 Millionen), in Pakistan (1,6 Millionen) und im Libanon (1,1 Millionen). Der Libanon war auch dasjenige Land, das in Relation zur eigenen Bevölkerungszahl die meisten Flüchtlinge aufgenommen hat. Fast jede fünfte Einwohnerin des Landes kam als Flüchtling. Mit 441.900 Schutzgesuchen wurden in Deutschland so viele Asylanträge gestellt wie in keinem anderen Land.

Vor dem Hintergrund der gestiegenen Flüchtlingszahlen warnte UN-Flüchtlingskommissar Filippo Grandi die Staatengemeinschaft vor einer Abschottung ihrer Grenzen: „Auf dem Meer verlieren erschreckend viele Menschen ihr Leben, der Landweg ist durch geschlossene Grenzen zunehmend blockiert und in manchen Ländern wird gegen Asyl politisch Stimmung gemacht. Die Bereitschaft von Staaten, nicht nur für Flüchtlinge, sondern im gemeinsamen Interesse der Menschlichkeit zusammenzuarbeiten, wird momentan herausgefordert. Dabei ist es genau dieser einende Geist, der so dringend gebraucht wird.“

UNHCR: Flucht und Vertreibung 2015 drastisch gestiegen (20.06.2016)

UNHCR Jahresbericht 2015 (englisch, PDF, 5,2 MB)

Termine

05.07.2016: „Hin und Weg 2“ – Zweiter Teil der Filmreihe über Flucht und Folgen. 19.30 Uhr, CinemaxX, Bundesallee 250, Wuppertal.

Weitere Informationen unter www.medienprojekt-wuppertal.de

09.07.2016: Deutsch-arabisches Kinderkonzert der Niederrheinischen Sinfoniker. 11.00 Uhr, Theater Mönchengladbach, Odenkirchener Str. 78, Mönchengladbach.

weitere Informationen unter www.theater-kr-mg.de

15.-24.07.2016: No Border Camp in Münster

Weitere Informationen unter www.nobordercampms.noblogs.org

27.08.2016: Fachtagung „Was Menschen zur Flucht bewegt“. 11.00 Uhr, Alte Feuerwache, Melchiorstraße 3, Köln

Weitere Informationen unter www.boell.de

Weitere Terminhinweise, flüchtlingspolitische Nachrichten und Informationen über unsere Arbeit findet Ihr auf unserer Homepage www.fnrnw.de und auf unserer Facebook-Seite <http://www.facebook.com/FluechtlingsratNRW>.

* Der Vorstand des Flüchtlingsrats NRW hat beschlossen, künftig in allen Publikationen des Vereins das generische Femininum zu verwenden. Das bedeutet, dass wir in Fällen, in denen das biologische Geschlecht der bezeichneten Personen oder Personengruppen nicht feststeht oder keine für das Verständnis der Aussage relevante Bedeutung hat, ausschließlich die weibliche Bezeichnung verwenden.

Flüchtlingsrat NRW e.V. – Wittener Straße 201 – 44803 Bochum

www.fnrnw.de

V.i.S.d.P.: Birgit Naujoks, c/o Flüchtlingsrat NRW e.V., Wittener Straße 201, 44803 Bochum